

Protokoll

über die Sitzung des **Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung** am Montag,
10.11.2025 , 18:00 Uhr, **Ratssaal, An der Stadtmauer 1, 31535 Neustadt a. Rbge.**

Anwesend:

Stellv. Vorsitzende r

Herr Harald Baumann

Mitglieder

Herr Dr. Ulrich Baulain

Frau Gisela Brückner

Herr Frerk Grüßing

Herr Günter Hahn

Herr Manfred Lindenmann

Herr Heinz-Jürgen Richter

Herr Wilhelm Wesemann

anwesend ab 18:11 Uhr

Vertreter/in

Herr Adel Amor

Herr Heinz-Günter Jaster

Herr Hubert Paschke

Herr Andreas Plötz

Vertreter für Herrn Matthias Rabe

Vertreter für Herrn Frank Hahn

Vertreter für Frau Maria Sinnemann

Grundmandat

Herr Arne Wotrubez

Verwaltungsvorstand

Frau Maria Lindemann

Erste Stadträtin

Beratende Mitglieder

Herr Thorsten Steen

Verwaltungsangehörige/r

Herr Wiegand Ahrbecker

Herr Thorsten Lempfer

Herr Thomas Meyer

Frau Andrea Reiter

Fachdienstleitung Finanzwesen

Leiter Rechnungsprüfungsamt

stellv. Fachdienstleitung Finanzwesen

Fachdienst Finanzwesen, Protokoll

Zuhörer/innen

Zuhörer/innen

1 Person

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:35 Uhr

Tagesordnung

- | | | |
|------------|---|-------------------|
| 1 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| 2 | Genehmigung der Protokolle | |
| 2.1 | Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 27.08.2025 | |
| 2.2 | Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 23.09.2025 | |
| 3 | Berichte und Bekanntgaben | |
| 3.1 | 2. Bericht über die Entwicklung der Haushaltsdaten 2025 (Sachstand: 31.08.2025) | 2025/160 |
| 3.2 | Beteiligung der Ortsräte ; Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der Ortsräte zum Haushalt 2026 | 2025/114/1 |
| 4 | Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes | |
| 5 | Zuschussförderung der Frauenberatungsstelle Neustadt a. Rbge. | 2025/184 |
| 6 | Festlegung von Regeln für die Verwendung der von den Betreibern der Windenergie -und PV-Anlagen erhaltenen Zuwendungen | 2025/110 |
| 7 | Einführung der Beherbergungssteuer ab dem Jahr 2026 | 2025/060 |
| 8 | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2026 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms

- Veränderungslisten zum Ergebnis- und Investitionshaushalt | 2025/125 |
| 9 | Anfragen | |

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Harald Baumann **eröffnet** um 18:00 Uhr die Sitzung, **begrüßt** die Anwesenden und stellt die **ordnungsgemäße** Ladung sowie die **Beschlussfähigkeit** fest.

Herr Wesemann beantragt, den Tagesordnungspunkt 6 abzusetzen, da innerhalb der CDU-Fraktion Beratungsbedarf bestehe.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Zudem **verständigen** sich die Mitglieder des Ausschusses darauf, dass der Tagesordnungspunkt 7 aufgrund Beratungsbedarfs in der Sitzung diskutiert, jedoch nicht beschlossen werde.

Im Übrigen wird die Tagesordnung unverändert festgestellt.

2. Genehmigung der Protokolle

2.1. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 27.08.2025

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung der Stadt Neustadt a. Rbge. fassen bei 3 Enthaltungen mit 8 Ja-Stimmen mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung am 27.08.2025 wird genehmigt.

2.2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 23.09.2025

Frau Lindemann **erläutert**, dass der **Änderungsantrag** der SPD Fraktion zur Beschlussvorlage Nr.: 2025/110 „**Festlegung** von Regeln für die Verwendung der von den Betreibern der Windenergie -und PV-Anlagen erhaltenen **Zuwendungen**“ dem Protokoll der Sitzung am 23.09.2025 nicht **beigefügt** sei. Daher sei der Antrag am 30.10.2025 an die Mitglieder des Rates sowie des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung per Mail versendet worden. Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 1** **beigefügt**.

Unter **Berücksichtigung** der vorstehend genannten Anmerkung fassen die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung der Stadt Neustadt a. Rbge. bei 3 Enthaltungen mit 8 Ja-Stimmen mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung am 23.09.2025 wird genehmigt.

3. Berichte und Bekanntgaben

**3.1. 2. Bericht über die Entwicklung der Haushaltsdaten 2025 2025/160
(Sachstand: 31.08.2025)**

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**3.2. Beteiligung der Ortsräte; Stellungnahmen der Verwaltung zu den 2025/114/1
Vorschlägen der Ortsräte zum Haushalt 2026**

Frau Lindemann weist darauf hin, dass im Rahmen der Beratung des Haushalts 2026 ff. unter dem Tagesordnungspunkt 8 über Vorschläge der Ortsräte diskutiert werden könne.

**4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des
Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**

Es werden keine Anfragen gestellt.

**5. Zuschussförderung der Frauenberatungsstelle Neustadt a. 2025/184
Rbge.**

Herr Baumann erläutert die Beschlussvorlage.

Daraufhin fassen die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der **Bürgermeister** wird beauftragt, ab dem Haushaltsjahr 2026 eine **Zuschusserhöhung** für die Frauenberatungsstelle in Neustadt a. Rbge. um 4.670,54 EUR zu gewähren.

Der Ratsbeschluss vom 07.03.2024 hinsichtlich der Festschreibung des Zuschusses für die Frauenberatungsstelle bis 2028 wird insoweit aufgehoben.

**6. Festlegung von Regeln für die Verwendung der von den 2025/110
Betreibern der Windenergie -und PV-Anlagen erhaltenen
Zuwendungen**

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

7. Einführung der Beherbergungssteuer ab dem Jahr 2026 2025/060

Auf Nachfrage von Herrn Grüßing erläutert Frau Lindemann, dass beruflich bedingte **Übernachtungen** zur Beherbergungssteuer herangezogen werden können, eine Verpflichtung bestehe nicht. Diesbezüglich schlage die Verwaltung die Heranziehung vor.

Weiter führt Frau Lindemann aus, dass die Verwaltung im Rahmen der **Einführung** der Beherbergungssteuer beabsichtige, die Beherbergungsbetriebe **über** eine Pressemitteilung zu informieren.

Herr Paschke erkundigt sich, ob die **Möglichkeit der Einführung eines Gästebeitrags** geprüft worden sei.

Frau Lindemann teilt mit, dass die Verwaltung die **Einführung eines Gästebeitrags** geprüft und sich aufgrund der Unwirtschaftlichkeit des Beitrags gegen diesen entschieden habe. **Über den Gästebeitrag könne** nur ein Teil der Aufwendungen umgelegt werden. Zudem sei die Heranziehung der **Tagesgäste** sehr schwierig. Die Stadt Wunstorf habe sich ebenfalls mit der **Einführung eines Gästebeitrags beschäftigt** und sich im Ergebnis ebenfalls dagegen entschieden. Für die Verwaltung sei die Beherbergungssteuer die **fairste und nachvollziehbarste Lösung**.

Auf Bitte von Herrn Richter sagt Frau Lindemann zu, dass den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung die im Rahmen der **Prüfung** erstellte **Präsentation „Überblick Tourismus-/Gästebeitrag/Beherbergungssteuer“ (Anlage 2)** übermittelt werde.

Frau Lindemann erwidert auf den Vorschlag von Herrn Wesemann, **über die Wirtschaftsförderungs GmbH** eine Informationsveranstaltung zur Beherbergungssteuer **für die Neustädter** Beherbergungsbetriebe zu organisieren, dass dies - sofern vom Gremium gewünscht - **frühestens nach Beschluss durchgeführt werden könne**.

Auf Nachfrage von Herrn **Grüßing** teilt Frau Lindemann mit, dass die Befreiung der Jugendherbergen von der Beherbergungssteuer die Beherbergungssteuersatzung **anfällig für** Klagen mache, da andere Betriebe ebenfalls Kinder und Familien beherbergen und **diesbezüglich** nicht von der Steuer befreit werden. Der Gleichheitsgrundsatz sei nicht mehr gegeben. Eine Befreiung von **Minderjährigen** sei **rechtlich nicht möglich**.

Herr Steen erkundigt sich, ob die Steuerschuldnerschaft analog zur Lohn- oder Kapitalertragsteuer auf den Gast übertragen werden könne.

Frau Lindemann erwidert, dass eine Übertragung nicht möglich sei.

Unabhängig von der Beherbergungssteuer fragt Herr **Grüßing** inwieweit bei fehlendem Tourismusbeitrag der Pflegestandard in Mardorf **beibehalten werden könne**.

Frau Lindemann erwidert, dass **diesbezüglich** ein Haushaltsantrag gestellt werden könne und es auch seitens der Verwaltung beabsichtigt werde. Die Verwaltung **würde** weiter darauf achten, dass der Umfang der freiwilligen Leistungen **für** den Tourismusstandort Mardorf in einem vertretbaren Rahmen verbleibt. **Diesbezüglich** werde eine **jährliche Zusammenstellung der Tätigkeiten und Aufwendungen erarbeitet und darüber berichtet**.

Seitens der Ausschussmitglieder wird um die Aufarbeitung der vorstehend genannten Fragen zur Befreiung der Jugendherbergen von der Beherbergungssteuer gebeten.

Anmerkung zum Protokoll:

Die Stellungnahmen des Rechtsanwalts R. Elmenhorst wurden am 12.11.2025 an die Mitglieder des Ausschusses **für** Finanzen und Digitalisierung per Mail versandt und sind dem Protokoll als **Anlage 3 beigelegt**.

8. **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2026 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms** 2025/125

- Veränderungslisten zum Ergebnis- und Investitionshaushalt

Frau Lindemann **erläutert** die **Veränderungslisten** zum Ergebnis- und Investitionshaushalt 2026 (**Anlage 4 und 5**). Die Entwicklung der **Rücklage** wird anhand der Steuerungsdatei (**Anlage 6**) veranschaulicht.

Auf Nachfrage von Herrn Wesemann teilt Frau Lindemann mit, dass die Stadt Neustadt a. Rbge. voraussichtlich **über** den Pakt für Investitionen **Fördermittel** in **Höhe** von 1,7 Mio. EUR vom Land Niedersachsen erhalte. Die finale Beschlussfassung der **dafür** erforderlichen Gesetze stehe noch aus. Eine weitere **Förderung** ist für den Bereich der **Kindertagesstätten** in Planung. Details seien diesbezüglich noch nicht bekannt.

9. **Anfragen**

Herr Grüßing bittet um einen Sachstandsbericht zur Digitalisierung und zum Prozessmanagement im Rahmen der nächsten Ausschusssitzung.

Harald Baumann
Stellv. Ausschussvorsitzender

Andrea Reiter
Protokollführerin

Neustadt a. Rbge., 17.11.2025